

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Jugendhilfeausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 1253/2017

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Bericht zum Programm „Jugendgerechte Kommune“ und zur Entwicklung der Marke „Jugend lebt Stadt“

Mit dem vorliegenden Bericht informiert die Verwaltung über das Programm „Jugendgerechte Kommune“ und zur Entwicklung der Marke „Jugend lebt Stadt“ gemäß des Antrags Nr. 1668/2016 sowie der Umsetzung des Konzeptes.

Einleitung

Teilhabe und Partizipation von Jugendlichen und jungen Menschen sind schon lange wichtige Themen in Hannover, die besonders gefördert werden. Es gibt eine Vielzahl von Beteiligungsprojekten und Formen unterschiedlichster Ausrichtung – bei Vereinen und Jugendverbänden, freien Jugendinitiativen, kommunalen Einrichtungen oder Bildungsinstitutionen.

Im Folgenden werden der Sachstand, Handlungsfelder und konkrete Vorhaben in 2017 erläutert sowie ein Ausblick und ein Überblick über die zur Verfügung stehenden Mittel gegeben.

Der Prozess „Jugend lebt Stadt – jugendgerechtes Hannover“ beruht auf dem bundesweiten Vorhaben „Jugendgerechte Kommunen“, an dem sich die Landeshauptstadt Hannover in Kooperation mit dem Stadtjugendring Hannover e.V. als eine der insgesamt 16 Referenzkommunen aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt.

In der Landeshauptstadt Hannover sind knapp 20 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 12 und 27 Jahren alt. Viele der jungen Menschen engagieren sich in ganz unterschiedlichen Jugendverbänden, Jugendkulturen und Jugendszenen. Sie organisieren Veranstaltungen, arbeiten in Verbandsstrukturen und Jugendeinrichtungen mit, betreiben Trendsportarten wie Parkour, machen Musik und Tanz (z.B. Hip Hop), sind in Kultur und Kunst aktiv. Junge Menschen interessieren sich für politische Themen, wollen ihre Stadt mitgestalten oder setzen sich für benachteiligte Randgruppen ein. Es braucht Möglichkeiten, gute Voraussetzungen und jugendgerechte Formen, um das Engagement zu nutzen, wertzuschätzen und zu unterstützen.

Es sollen in Hannover Wege gefunden werden, wie junge Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren an allen gesellschaftlich relevanten Fragestellungen und Politikfeldern beteiligt werden und wie sie mitgestalten können. Ziel ist es, die Interessen und Bedarfe junger Menschen noch stärker in der Kommunalpolitik zu verankern und in den öffentlichen Blick zu rücken. Inhaltlich geht es um die Sicherstellung bzw. die Verbesserung der Beteiligungs- und Teilhabechancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen innerhalb der Stadtgesellschaft und die Erarbeitung von wirkungsvollen Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Beteiligung der Landeshauptstadt Hannover und des Stadtjugendrings an dem bundesweiten Vorhaben "Jugendgerechte Kommunen" ist als eine öffentliche Willensbekundung zu verstehen, Jugendliche und ihre Anliegen ernstnehmen zu wollen – ihnen eine Heimat bieten zu wollen, die ihren Bedürfnissen gerecht wird (vgl. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ). „Jugendgerechte Kommune“ ist Teil der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ und baut – ebenso wie die gesamte Strategie – auf den Grundsätzen der „Eigenständigen Jugendpolitik“ auf.

1. Handlungsfelder

Seit der Auftaktveranstaltung „Stadtjugendtag 2015“ und der Beteiligung am bundesweiten Prozess „Jugendgerechte Kommunen“ wurden viele Ideen entwickelt sowie Themen und Bedarfe benannt. Es geht konkret um:

- **Stärkung und Ausbau von Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten** an kommunalpolitischen Themen und Entscheidungen (u.a. Entwicklung und Verankerung kontinuierlicher Jugendbeteiligung durch vielfältige Beteiligungsformen und nachhaltige Strukturen gemäß einer eigenständigen Jugendpolitik, die jungen Menschen aller Milieus demokratische Teilhabe, Beteiligung und Mitreden an allen relevanten Fragestellungen und Politikfeldern ermöglichen wie z.B. durch die Entwicklung und Verankerung des Instruments „Jugend-Check“, jugendgerechte und kontinuierliche Dialoge, jugendgerechte Stadtentwicklungsprozesse),
- **Entwicklung und Verankerung von Strukturen für ein jugendgerechtes Hannover** (u.a. geeignete Verfahren und Strukturen, so dass Jugendliche ihre Interessen als ExpertInnen in eigener Sache geltend machen können, eine Jugendpolitik mit, von und für Jugendliche entsprechend der Leitlinien der eigenständigen Jugendpolitik über den Projektzeitraum hinaus verankern, Jugendbeteiligung als Planungsstrategie, Jugendorganisationen, Jugendverbände)
- **Aufbau jugendgerechter Informations- und Kommunikationswege** (u.a. Bündnisse zwischen Jugend, Verwaltung und Politik sowie anderen lokalen Akteuren, Jugend als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, transparente Verwaltungswege und klare Zuständigkeiten, Entwicklung von Leitlinien für Jugendbeteiligung, Jugend als Querschnittsthema muss ressortübergreifend bearbeitet werden)
- **Ausbau attraktiver Perspektiven und Teilhabemöglichkeiten** (u.a. das Engagement junger Menschen wird wertgeschätzt und ein positives Bild gefördert, allen Jugendlichen mit unterschiedlichen Ausgangslagen faire Chancen eröffnen, politische und niedrigschwellige Bildungsangebote, Beteiligung als Bildungsauftrag u.a. in Schule, Jugendarbeit)
- **Stärkung selbstorganisierter Strukturen** (Förderung freier Jugendszenen, Jugendkulturen, Jugendverbände, Jugendorganisationen, Jugendräten und Möglichkeiten transparent aufzeigen)

Alle Vorhaben haben das Ziel die Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen in der Stadt Hannover zu verbessern, so dass sie an relevanten politischen Themen beteiligt werden, an politischen Entscheidungen nachhaltig teilhaben können und sich ernst und wertgeschätzt fühlen. Beteiligung soll für Jugendliche und junge Erwachsene mit unterschiedlichen Voraussetzungen erlebbar sein. Zudem geht es gemäß den Merkmalen einer jugendgerechten Kommune darum, Strukturen zu schaffen, die einen integrierten Planungsprozess ermöglichen.

2. Bisherige Umsetzung

In der ersten Phase der Erprobung hat sich Folgendes entwickelt:

- Gründung begleitender Fachgruppen (bestehend aus Jugendlichen und Hauptamtlichen)
- Kooperation mit dem Stadtjugendring Hannover e.V. und freien Trägern
- stadtweite Jugendaktionen von, mit und für Jugendliche
- regelmäßige offene Jugendforen
- Entstehung von temporären themenspezifischen Arbeitsgruppen
- sozialräumlich orientierte Beteiligungsprojekte
- Verstetigungsprozess des Themas „Jugendbeteiligung“ im Bereich Kinder- und Jugendarbeit
- im Stadtentwicklungsprogramm „Mein Hannover 2030“ ist „Jugend lebt Stadt – jugendgerechtes Hannover“ ein Referenzprojekt und gehört zum Jahresarbeitsprogramm der Verwaltung
- Entwicklung neuer Beteiligungsformen und -formate
- Entstehung einer Marke „Jugend lebt Stadt“
- Entwicklung von Qualifizierungsangeboten zum Thema „Jugendbeteiligung“
- Kooperationen mit dem Landesjugendamt Niedersachsen
- Gespräche mit Politik, Verwaltung und lokalen Akteuren aus Medien und Wirtschaft
- Erhöhung des Haushaltsansatzes für Jugendbeteiligungsprojekte
- Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

(vgl. Broschüre „Jahresbericht 2015-2016 „Jugend lebt Stadt – jugendgerechtes Hannover“

3. Ausblick

Bis zum Ende des Bundesprozesses (Sommer 2018) mit den anderen Referenzkommunen und der Begleitung durch die bundesweite Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ sind noch folgende Vorhaben geplant:

- Beteiligung von Jugendlichen an Stadtentwicklung (in zwei Modellstadtbezirken)
- Erprobung von Beteiligungsstrukturen im Sozialraum (Jugendkonferenzen in zwei Modellstadtbezirken, Bedarfs- und Ist-Stand-Analyse und Themenfindung)
- Förderung aktiver Beteiligung und Mitbestimmung (Stärkung und Ausbau von Jugendbeiräten, Förderung von freien Jugendszenen und Jugendkulturen)
- Verstetigung und Weiterentwicklung zentraler Strukturen (begleitende Fachgruppe der Hauptamtlichen und Jugendlichen)
- Verankerung in der AG nach §78 SGB VIII
- Stärkung und Förderung repräsentativer Strukturen

4. Konkrete Vorhaben in 2017

Ganz konkret geht es im zweiten Prozessjahr um die Stärkung sowie den Ausbau der Jugendbeteiligungsformate und -struktur (stadtweit und sozialräumlich), Arbeit in der fachbereichsübergreifenden Steuerungsgruppe und Entwicklung von Bündnissen zwischen Jugend, Verwaltung und Politik sowie anderen Akteuren vor Ort durch Dialoge und verstetigte Strukturen:

- Thematische Vertiefung in der Steuerungsgruppe Familienpolitik
- Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen (landesweiter Fachtag am 09. Mai 2017)
- Stärkung der und Vernetzung mit SchülerInnenselbstvertretung (fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit zwischen FB 51 Jugend & Familie und FB 40 Schule)
- Beteiligung an städtischen Großveranstaltungen
- Beginn der vorbereitenden Untersuchung für zwei konkrete Stadtentwicklungsprozesse in zwei Stadtbezirken (Die Modellstadtbezirke werden unter Beteiligung von Jugendlichen, des Stadtjugendrings und unter Einbeziehung unterschiedlicher Fachbereiche ausgewählt. Dazu findet im ersten Schritt eine vorbereitende Untersuchung und im zweiten Schritt Beteiligungsprozesse mit Jugendlichen statt (Einladung zu einem ExpertInnenworkshop, Stadtpaziergänge, Berücksichtigung geplanter Vorhaben).
- 5. Jugendforum (um Jugendlichen regelmäßig einen Zugang zur Beteiligung und damit eine jugendgerechte Plattform zu ermöglichen, ihre aktuellen Bedarfe und aktuelle Themen in Hannover zu diskutieren, werden stadtweite offene Jugendforen an verschiedenen Jugendorten in Hannover unter Beteiligung von Jugendlichen und der begleitenden Fachgruppe organisiert.)
- Jugendgerechte Ferienaktionen

5. Zur Verfügung stehende Mittel

Um den Prozess „Jugend lebt Stadt – jugendgerechtes Hannover“ umzusetzen und um aus dem Prozess resultierende Bedarfe folgend der Handlungsfelder zielgerichtet auf den Weg zu bringen, wie z.B. Aufbau nachhaltiger jugendgerechter Beteiligungsformate, Jugendforen, Jugendkonferenzen, Qualifizierungsmaßnahmen, jugendgerechte Stadtentwicklungsprozesse, Maßnahmen zur Stärkung jugendlicher Initiativen, Platzgestaltungen und Nutzung im öffentlichen Raum, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation, Internationale Begegnungen, stehen im aktuellen Haushalt 2017/2018 140.000,00€ zur Verfügung, die sich wie folgt aufteilen:

1. Öffentlichkeitsarbeit, Dokumentation „Jugendgerechte Kommune“, Werbemittel, Flyer, Plakate	10.000 €
2. Förderung von Jugendbeiräten stadtweit und in den Stadtteilen	30.000 €
3. (Internationale) Begegnungen	50.000 €
4. Förderung freier Jugendszenen, Jugendinitiativen	50.000 €

Darüber hinaus werden zurzeit folgende personelle Ressourcen eingebracht:

- Freistellung einer vollen Stelle Jugendbildungscoordination, die mit Aufgabe der Jugendhilfeplanung betraut ist und den Prozess koordiniert
- Umsteuerung und Weiterentwicklung der Sachgebiete in 51.5/Bereich Kinder- und Jugendarbeit mit operativen Auftrag: Das Thema Beteiligung ist in 51.5 ein inhaltlicher Schwerpunkt in der täglichen pädagogischen Arbeit. Die Arbeit vor Ort wird reflektiert (Wo und wie kann ich Jugendliche beteiligen? Wo werden Jugendliche in dem Stadtteil, in der Jugendeinrichtung, in dem pädagogischen Angebot schon beteiligt? Wo gibt es Grenzen und noch Möglichkeiten der Beteiligung?" etc.), Angebote und Vorhaben werden miteinander verknüpft und so weiterentwickelt, dass sie Beteiligungsräume eröffnen.
- Der Stadtjugendring Hannover e.V. bringt als Kooperationspartner ebenfalls Stundenanteile einer Stelle ein

6. Voraussetzung für eine Verstetigung über 2018 hinaus

Um „Jugend lebt Stadt“ als Marke dauerhaft und vor allem nachhaltig verstetigen zu können, werden folgende Ressourcen benötigt:

- Haushaltsmittel für finanzielle Selbstverwaltung von freien Jugendszenen, Jugendkulturen, Jugendbeiräten, Jugendselfvertretungen
- Haushaltsmittel für konkrete Projekte zur beständigen Weiterentwicklung
- Stellenanteile im Bereich Kinder- und Jugendarbeit (LHH) zur Koordination von „Jugend lebt Stadt“ und Jugendbeteiligungsvorhaben, Begleitung, Fachberatung, Umsetzung von Vorhaben und zur Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen (durch Umsteuerungen der Arbeitsschwerpunkte im Sachgebiet Jugendbildung wird das Thema bisher zusätzlich von einer Stelle Jugendbildungscoordination bearbeitet).
- Politisch abgestimmte Leitlinien für Jugendbeteiligung und Mitgestaltung an Stadtplanung, Stadtentwicklung und Stadtpolitik (Entwicklung von Qualitätsstandards für (Jugend-)Beteiligung)
- Politischer Auftrag für eine koordinierende Struktur in der Verwaltung
- Ein unter Beteiligung von Jugendlichen, Jugendverbänden, freien Trägern und Verwaltung erarbeitetes pädagogisches Konzept zur dauerhaften Umsetzung von „Jugend lebt Stadt“
- Verankerung des Beteiligungsinstruments „Jugend-Check“

7. Abschluss

Ziel ist, dass Jugendliche und junge Erwachsene nachhaltig und fest verankert an politischen Entscheidungen, Planungen von Jugendhilfeangeboten, an Stadtentwicklungsprozessen, an Themen aus ihrem Umfeld (z.B. Schule) beteiligt werden, ihre Meinungen und Forderungen gehört werden.

Konkrete Lösungen lassen sich nur vor Ort erarbeiten – im gemeinsamen Dialog von Politik, Verwaltung, weiteren lokalen Akteuren (etwa Zivilgesellschaft, Jugendhilfe, Arbeitswelt/Wirtschaft, Medien und Schule) und Jugendlichen. Hauptamtliche der Verwaltung, der Jugendverbände und freien Träger, aber auch aus anderen schulischen und außerschulischen Bildungsinstitutionen müssen daher immer wieder hin- und zuhören. Beteiligung muss Spaß machen, ernsthaft begleitet werden, die Interessen der unterschiedlichen Zielgruppen müssen berücksichtigt werden und Teil der Planungsstrategie sowie der schulischen und außerschulischen Bildung werden.

Mit der Teilnahme am bundesweiten Prozess „Jugendgerechte Kommune“ gelingt es, den Dialog aus „Mein Hannover 2030“ mit, von und für Jugendliche fortzuführen, in konkrete Strategien und Maßnahmen münden zu lassen und das Thema Jugendbeteiligung nochmal ganz neu in Kommunalpolitik, Öffentlichkeit und Stadtentwicklung zu diskutieren und zu verankern.

Dem Ratsauftrag wird daher erst zum Sommer 2018 qualifiziert zu entsprechen sein, da dann erst ein Konzept vorgelegt werden kann, welches Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Prozess erläutert, konkrete Vorschläge für eine nachhaltige und kontinuierliche Jugendbeteiligung darlegt und Aussagen zur finanziellen und personellen Ausstattung, die für die Verstetigung notwendig sind, trifft.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Eine jugendgerechte Kommune eröffnet u.a. Teilhabemöglichkeiten, faire Chancen und gleichgestellte Zugänge zu Bildungs- und Beteiligungsprozessen, schafft gesellschaftliche Perspektiven für alle Jugendlichen mit unterschiedlichen Ausgangslagen. Sie muss dabei Bedarfe geschlechtergerecht durch vielfältige Beteiligungsangebote in unterschiedlichen Settings und Methoden ermitteln und Gender-Aspekte ausreichend in Jugendbeteiligungsprozessen stadtweit sowie sozialräumlich berücksichtigen.

Vielgeschlechtlichkeit muss anerkannt und in der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Bedarfen gestärkt werden, so dass gesellschaftliche Teilhabeprozesse gleichermaßen Mädchen, Frauen, Jungen, Männern und in ihrer Vielgeschlechtlichkeit ermöglicht werden.

Kostentabelle

Während des laufenden Bundesprogramm (einschließlich HH-Jahr 2018) sind in den Haushalt bereits 140.000,00€ Sachmittel eingestellt (Siehe Punkt 5.). Notwendige personelle Aufwendungen werden im Sinne eines Pilotprojekts durch den Bereich Kinder- und Jugendarbeit abgedeckt.

Eine Weiterentwicklung und Fortführung ab 2019 muss verlässlich durch Personalstellen und Sachmittel abgesichert sein (Siehe Punkt 6.). Eine entsprechende Beschlussdrucksache auf Basis konkreter Planung folgt zur Sommerpause 2018.

51.5
Hannover /